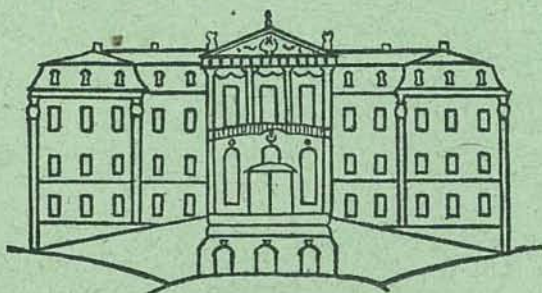


Hefte aus Burgscheidungen

Renate Oschlies

Zum Beispiel Fritz Selbiger

Zeugen und Zeugnisse zur faschistischen
Judenverfolgung



257

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Renate Oschlies

Zum Beispiel Fritz Selbiger

Zeugen und Zeugnisse zur faschistischen
Judenverfolgung

1988

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

ISSN 0440-5862
ISBN 3-372-00160-5

1. Auflage · Heft 257 · 1988
Ag-Nr. 224/113/88
702632 0
00050

Die Autorin ist Redakteurin beim Zentralorgan der CDU
„Neue Zeit“.

Dieser Beitrag kann und will keine auch nur annähernd vollständige Darstellung der Judenverfolgung im „Dritten Reich“ geben. Er stellt den Versuch dar, anhand einer Collage von Dokumenten, Tonbandprotokollen und Gesprächen mit einem Überlebenden die Leiden der rassisch Verfolgten im Nazistaat ahnen zu lassen. Angesichts der Totalität jenes Regimes und seiner Ideologie, aller Zusammenhänge und Verstrickungen, vermag dieses Heftchen nicht mehr, als schreckliche Einzelheiten für einen Augenblick zu erhellen, muß es Fragment sein.

R. O.

I.

„Die Hauptmasse der Bevölkerung ist in ihre gewohnte Apathie zurückgefallen.“

(Ein ausländischer Korrespondent am 10. 11. 1938)

„Am Morgen versuchten wir hilflos, der Verwüstung unseres Ladens Herr zu werden. Die Stadt bot einen furchtbaren Anblick. Etliche Synagogen waren ausgebrannt, die Geschäfte jüdischer Inhaber zerstört, verwüstet und geplündert. Meine Schwester und ich mühten uns, wenigstens die Schmierereien zu entfernen; ‚Judenschwein‘ und ‚Juda verrecke‘ — vergeblich. Wir mußten das Firmenschild entfernen.“ Das Firmenschild der Glaserei in der Schönholzer Straße im Berliner Stadtbezirk Pankow, deren Schriftzeilen auf der Fassade neben der Tür bis dahin für „Einrahmungen von Bildern jeder Art“ und die Reparaturwerkstatt geworben hatten.

Der sich jenes Pogroms vom 9. November 1938 erinnert, ist der heute 84jährige Fritz Selbiger. Er ist einer von etwa 200 Juden der Berliner Jüdischen Gemeinde, die 1925 noch 173 000 Mitglieder zählte. Einer der wenigen, die das „Tausendjährige Reich“ überlebten, das eine Ewigkeit an Schrecken währte.

Als der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 22. November 1938 lapidar und knapp über die Liquidierung von zwei Dritteln der 3 767 jüdischen Einzelhandels- und Handwerksbetriebe, darunter 53 selbständige Glaser berichtete, war auch der kleine Laden des jungen Glasermeister Fritz Selbiger in der Schönholzer Straße dem Pogrom zum Opfer gefallen.

Ein paar Jahre zuvor noch hatte Fritz Selbiger allen Grund gesehen, hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken, wußte er sich doch in einem wohlwollenden Milieu, das die jahrzehntelange Familientradition schätzte. „Auf fünfzigjähriges Bestehen seines Geschäftes kann heute der in den weitesten Kreisen Pankows bekannte Glasermeister S. Selbiger zurückblicken. Wir wünschen dem Jubilar, daß er noch recht viele Jahre bei körperlicher und geistiger Gesundheit in der Lage sei, sein Geschäft zu versehen, und schließen uns mit diesen Wünschen den zahlreichen Gratulanten . . . an.“

So hatte der „Pankower Norden“ unter der Überschrift „Geschäftsjubiläum“ am 1. Mai 1926 geschrieben. Der einzige Sohn Fritz war eben erst, nach dem Abschluß seiner Banklehre, in das väterliche Geschäft des Gemeinschaftsvorstehers der Pankower jüdischen Gemeinde „Freie Brüder“ eingetreten und schickte sich an, seine Gesellenprüfung im Glaserhandwerk abzulegen. Es regnete gute Wünsche, Blumen, Gratulationen.

Ein Fotograf wurde bestellt, das Ereignis auf Zelluloid zu bannen.

Was sich bis dahin noch wie der harmonische Beginn einer Glanzpunkte und Tiefen beschreibenden Familiensaga liest, sollte unsäglich anders enden. Welcher jüdische Handwerker, der Tag für Tag in sein Geschäft ging, Kunden bediente, mit ihnen schwatzte, hätte damals auch zu ahnen vermocht, daß ausgerechnet während seiner Lebenszeit die jahrhundertelange Verfolgung, Vertreibung, Ghettoisierung seines Volkes in der millionenfachen Ermordung gipfeln würde – in der systematisch betriebenen schrittweisen Entmenschlichung, Demütigung, bestialischen Quälerei bis hin zum kaltblütigen Mord an jedem einzelnen. Sechs Millionen Mal. Und dieses unermeßliche Verbrechen ist, wie wir wissen, nur ein Teil aller Greuel des Hitlerfaschismus, dem weit über 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

✻

Die fürchterliche, die schändliche Bilanz der Pogromnacht vom 9. November 1938: 30 000 Juden wurden verhaftet, in die Konzentrationslager gebracht. 267 Synagogen wurden niedergebrannt oder zerstört. 7 500 Geschäfte wurden demoliert und geplündert. Fast alle jüdischen Friedhöfe wurden verwüstet. 91 Juden wurden ermordet.

Die Nazis nannten diese furchtbare Nacht – in der ihr eigenen, vernebelnd euphemisierenden Sprache – „Reichskristallnacht“. Sie gab den Auftakt für das Programm der forcierten Vertreibung, der gründlichen Ausplünderung und Beraubung, der totalen Vernichtung aller Juden unter nazideutscher Herrschaft.

Wie ist es zur Anzettelung dieses Pogroms durch das Hitler-Regime gekommen? Die damalige Regierung Polens, leider mit entschieden antisemitischer Haltung, beschließt mit Stichtag vom 30. Oktober 1938, ihre in „Großdeutschland“ ansässigen jüdischen Staatsangehörigen – an die 50 000 insgesamt – kurzerhand auszubürgern, um deren Rückwanderung nach Polen zu verhindern. Die Naziregierung ist jedoch keinesfalls gewillt, diese Juden weiterhin in Deutschland zu dulden; sie schlägt eiskalt zurück. Auf ausdrücklichen Wunsch des Auswärtigen Amtes übernimmt es die Gestapo, die unliebsamen Ausländer – etliche von ihnen hatten 1919 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, waren 1933 wieder ausgebürgert worden, sind jetzt staatenlos – in letzter Minute abzuschieben. So werden bis zum 29. Oktober immerhin 17 000 Menschen über die deutsche Grenze getrieben, während die polnische für sie zunächst geschlossen bleibt. Im Niemandland zwischen Deutsch-

land und Polen müssen sie mehrere Tage und Nächte ausharren, bis ihnen die polnischen Behörden widerstrebend die Einreise erlauben.

Unter den Abgeschobenen befindet sich das Ehepaar Grünspan, ein Schneidermeister mit Frau und zwei Kindern; ein Sohn lebt bei Verwandten in Paris. Seit 1914 ist die Familie in Hannover ansässig. Am 3. November 1938 erfährt der siebzehnjährige Herschel in Paris mittels einer Postkarte seiner Schwester Bertha vom Unglück seiner Angehörigen in Deutschland. Drei Tage später kommt es obendrein im Hause seines Pariser Onkels zu einem Familienkrach, der mit einem völligen Zerwürfnis endet. Tags darauf, am 7. November, betritt Herschel Grünspan die deutsche Botschaft in Paris und gibt wortlos mehrere Schüsse auf den Diplomaten Ernst von Rath ab.

Es sind wohl Ratlosigkeit wie Verzweiflung, die ihn zur deutschen Botschaft treiben, ihn dort auf höchst dilettantische Weise ein Attentat verüben lassen, dem der erstbeste deutsche Beamte zum Opfer fällt. Der Nazi-Propaganda ist der Anschlag willkommen; sie münzt den Vorfall sofort um in einen „Anschlag des Weltjudentums auf das Reich“. Vollkommener Unsinn.

Legationssekretär Ernst von Rath erliegt zwei Tage nach der Verzweiflungstat des minderjährigen Einzelgängers seinen Verletzungen, gerade an jenem Tag, den das Regime alljährlich dem Gedenken an Hitlers Putsch von 1923 widmet. Die Nachricht vom Tod des Diplomaten erreicht die in München zur üblichen Feier versammelte Nazi-Prominenz erst gegen Abend des 9. November. Goebbels läßt seinen Zuhörern, denen er den Tod mitteilt, keinen Zweifel daran, daß er Vergeltungsaktionen für höchst wünschenswert hält. Die anwesenden Partei- und SA-Führer wissen, was Hitler und Goebbels von ihnen erwarten. Noch am späten Abend und in den folgenden Nachtstunden wird der Pogrombefehl an alle territorialen Gestapo-Stellen per Telefon und Fernschreiber weitergegeben: „1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören . . .

2. Es ist vorzubereiten die Festnahme von 20 000 bis 30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht. 3. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo in jedem Fall sicherzustellen . . .“

Ein detailliert vorbereitetes Programm also, nicht die „Entladung des spontanen Volkszornes des deutschen Bürgers gegen Alljuda“, wie es die offizielle Propaganda tags darauf weismachen will.



Entsetzlich und kaum faßbar ist das perfekte Funktionieren dieser Maschinerie. Die ganze Stufenleiter von NSDAP und Gestapo abwärts keine fehlende Sprosse, die die reichsweite Aktion ins Stolpern brachte. Wieviele Menschen, die da auf Knopfdruck funktionierten, Dinge bedenkenlos taten, die ihnen zehn Jahre zuvor kaum in den Sinn gekommen wären! Freilich ist es kein Wunder, wenn man die „Großzügigkeit“ der Befehle betrachtet, daß all die kleinen Nazis in dieser Nacht ihrer verrohten, rassistischen Gesinnung, dieser Machtbefugnis zu Gewalttaten freien Lauf lassen – und zuschlagen. Der deutsche Untertan.

Der in Potsdam lebende Theologe Gerhard St a p p e n b e c k, damals Student an der Kirchlichen Hochschule der Bekennenden Kirche in Berlin, erinnert sich an den „Tag danach“: „Ich fuhr, wie jeden Morgen, von Potsdam nach Berlin. Am Wilhelm-Platz brannte noch leise flackernd die Synagoge. Sie war nicht vollständig niedergebrannt, wohl aus Rücksicht auf die Post, eine ‚deutsche Institution‘, nebenan. Als ich in Berlin aus dem Bahnhof trat, die Friedrichstraße entlangging, war da irgendetwas in der Atmosphäre; schwer zu beschreiben. Vor mir sah ich bald einen Trupp junger Kerle, vier, fünf, sechs Leute, nicht in Uniform. Die warfen Fensterscheiben ein. In dieser Gegend gab es viele Geschäfte jüdischer Inhaber. Die Polizei stand daneben – und tat: nichts! . . . Als ich wieder zurück nach Potsdam kam, begegnete ich einem Jungen, etwa 14, 15 Jahre, der bis vor gar nicht langer Zeit unserer Jungschar der Bekennenden Kirche angehört hatte. Der berichtete freudestrahlend von dem Spaß, den sie in der Nacht zuvor gehabt hätten. Sie seien in Wohnungen eingedrungen, hätten Möbel zum Fenster hinausgeworfen, gemauert usw. Da war ich fassungslos, in wie kurzer Zeit jemandes Gesinnung einfach umkippte . . .“

Ein altansässiger Berliner, Erich A n d r e a s aus der Gethsemane-Gemeinde, schildert seine Erinnerung: „Mit dem 9er Bus fuhr ich zur Arbeit und war entsetzt über die Zerstörungswut, die auch am Morgen noch anhielt. Am Hackeschen Markt wurden Flügel und Klaviere, die auf der Straße vor einem Geschäft lagen, zerhackt.“ Was machte so viele Menschen dem Unrecht so verfügbar? Wie konnte es gelingen, sie so massenhaft zu gewissenlosen Werkzeugen zu machen? Wie verhielt

sich das Ausland, in das doch immer wieder Berichte der Nazi-Greuel, der Judenverfolgungen drangen?

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ gibt am Spätnachmittag des 10. November 1938 seiner Redaktion telefonisch einen Bericht über das, was er an diesem Tag in Berlin gesehen hat: „Unter den mehr als tausend jüdischen Ladengeschäften der Vier-Millionen-Stadt gibt es kein einziges, das nicht in einen Trümmerhaufen verwandelt ist. In einem Radiogeschäft konnte man zusehen, wie Männer, die mit regelrechten Keulen ausgerüstet waren, auf die teuren Apparate einhämmerten. Andere Kolonnen schwingen Feuerhaken, Stemmeisen und Gardinenstangen. In dem Getöse der aufgebrochenen Rolläden, krachenden Spiegel und umgestürzten Möbel, in das sich kreischender Jubel mischte, flogen kostbare Standuhren, Gemälde, Porzellan und Antiquitäten auf's Pflaster. Bengel im Alter von zehn bis vierzehn Jahren bombardierten ein großes Parfümeriegeschäft mit Steinen und geraubten Flaschen so ausdauernd, bis kein Stück mehr ganz war. Vor dem zweistöckigen ungarischen Restaurant am Kurfürstendamm breitete sich ein Chaos von zertrümmerten Stühlen, Tischplatten, Champagnerkühlern und Servietten im Straßenkot aus.“

Der Korrespondent hatte sich zur Menge der Neugierigen gesellt, die vor zertrümmerten Läden und brennenden Scheiterhaufen standen: „Die Äußerungen der Mißbilligung, die noch am Vormittag zu hören waren, sind verstummt, da es niemand gerne mit den keulentragenden Stoßtrupps, hinter denen die Macht der Behörden steht, aufnimmt. Die Hauptmasse der Bevölkerung ist in ihre gewohnte Apathie zurückgefallen. Nur durch Kopfschütteln an den Stellen, wo die Zerstörung wütet, verraten einige Zuschauer ihre Gemütsverfassung.“

Die Hauptmasse der Bevölkerung gibt ihre Gemütsverfassung angesichts vor ihren Augen stattfindender Zerstörungen und Verwüstungen am Hab und Gut ihrer Nachbarn, Kollegen, Mitbürger allenfalls durch Kopfschütteln zu erkennen. Die „gewohnte Apathie“ als typische Haltung hat jener Korrespondent sehr scharf erkannt. Diese Apathie wird auch in den folgenden Jahren anhalten, wenn Nachbarn, Freunde, Kollegen, Schulkameraden von einem Tag zum andern verschwinden, „abgeholt“ werden – vor den Augen aller. – Es wird wenige einzelne geben, die zu helfen suchen, die ihr Leben für die Rettung der Verfolgten einzusetzen bereit sind.

II.

Die meisten Andorraner taten ihm nichts. Also auch nichts Gutes.

(Aus: „Der andorranische Jude“ von Max Frisch)

Noch heute ist es uns trotz der vielfach unternommenen historischen, politischen, sozialen, psychologischen Analysen schwer, hinter den teuflischen Wirkungsmechanismus jenes Regimes zu kommen, seiner von Rassenwahn und Haß erfüllten Ideologie. Wie konnte eine so dilettantisch konstruierte „Weltanschauung“ derart Boden unter die Füße bekommen? Warum ließen diese ja bereits seit den 20er Jahren öffentlich vertretenen Ziele Hitlers und der Nazipartei die Menschen nicht massenhaft erschauern, riefen nicht den massiven öffentlichen Widerspruch auf den Plan?

Vor allem auch deshalb, weil sie nicht auf unvorbereiteten Boden fielen. Der Antisemitismus hatte jahrhundertalte Wurzeln. Er war geistig nicht zum wenigsten in der Geschichte, Lehre und Haltung der Kirchen begründet und hatte, von den Herrschenden verbreitet und genutzt, immer wieder zur Verhüllung und Ablenkung von sozialen Gegensätzen dienen müssen. Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch haben das in ihrem Buch „Der gelbe Fleck“ eindrucksvoll nachgezeichnet.

Nun aber, nach dem verlorenen ersten Weltkrieg und nach der gescheiterten Revolution von 1918/19, sind einerseits die Klassengegensätze im Deutschland der Weimarer Republik besonders kraß und spitzen sich gegen Ende der 20er Jahre rasch weiter zu, während andererseits die Gier des deutschen Monopolkapitals, der Geldgeber Hitlers, nach Weltherrschaft besonders maßlos ist. Dem entsprang und entsprach die neue, faschistische Stufe des Rassismus und Rassenantisemitismus. Das „Großgermanische Reich“ sollte alle bisherigen Imperien der Weltgeschichte übertreffen, und – von der „Vorsehung“ zur „Herrenrasse“ bestimmt – sei die „deutsche Rasse“ berufen, sich die Welt untertan zu machen. Ihr wurden die „jüdischen Untermenschen“ gegenübergestellt in Gestalt von Marxisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Humanisten, Pazifisten, Literaten, „entarteten“ Künstlern...

1920 gegründet, gewann die Nazipartei durch die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise, infolge der verzweifelten sozialen Lage von Millionen Kleinbürgern Einfluß: Sie versprach ihnen eine rasche und wunderbare Befreiung von allen Sorgen und Nöten. Wichtigste Voraussetzung dafür aber sei die Beseitigung der Knechtschaft durch die Juden. 1930 ist die NSDAP bereits wählerstärkste bürgerliche Partei im Weimarer Staat.

In ihrem Gründungsprogramm, 1920, hatte sie unmißverständlich ihren Ungeist zu erkennen gegeben: „... Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses... Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein... Die Partei... bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns...“

1924 schreibt Hitler, absolut auf den mit allen Mitteln zu bekämpfenden Feind fixiert: „Indem ich den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte, begann es mir, wie Schuppen von den Augen zu fallen... Ich war vom schwächsten Weltbürger zum fanatischen Antisemiten geworden... Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.“

Was man 1924 noch als versuchte Kompensation der Minderwertigkeitskomplexe des deklassierten Beamtensohnes, eines Psychopathen hätte übergehen können, als politische Gefahr hätte entlarven und bekämpfen müssen – 1933, mit Hitlers Machtantritt und der sofortigen systematischen Errichtung der faschistischen Diktatur, ist es dafür zu spät. Kurz danach beginnt sie mit den Judenverfolgungen, denen sie nach und nach „gesetzliche Grundlagen“ schafft.

Pünktlich einen Tag vor der ersten „Großaktion“ erscheint am 31. März 1933 ein Artikel Julius Streichers im „Stürmer“: „Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen zerschlagen am Boden, und damit ist zerbrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Haß. Darum die jüdische Greuel- und Boykotthetze im Ausland... Am Samstag, dem 1. April, vormittags 10 Uhr beginnt des deutschen Volkes Abwehrreaktion gegen den jüdischen Weltverbrecher.“

Die Aktion vom 1. April 1933 zur „Abwehr der jüdischen Greuelhetze gegen das neue Deutschland“ – die Bevölkerung wird durch die SA zum Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte genötigt – ist der Auftakt auch für eine Serie juristischer Akte des Antisemitismus, die allein 1933 „nicht-ariische“ Beamte (gleich auf welcher Stufe und in welchem Teil des Staatsapparates) durch den sogenannten „Arierparagrafen“ ausschalten, die Vertreibung jüdischer Deutscher aus Presse und Verlagen, von Theatern und aus Filmateliers, aus Orchestern und anderen künstlerischen Ensembles ermöglichen, der literarischen und künstlerischen Intelligenz, den Hochschullehrern und Ärzten, soweit sie jüdischer Herkunft sind, das Betätigungsfeld, ihre Existenzgrundlage nehmen.

Eine Reihe von ihnen sieht keine andere Möglichkeit, als das Land zu verlassen, darunter viele bekannte Künstler und Naturwissenschaftler.

Die in die Illegalität gedrängten und verbotenen Parteien, die KPD zumal, protestieren. In den Kirchen bildet der Versuch, den „Arierparagraphen“ auch dort einzuführen, den Ausgangspunkt für die Barmer Theologische Erklärung, den Pfarrernotbund und die Bekennende Kirche. Einzelne Gruppen, Vereinigungen, Fakultäten der Universitäten versuchen, der nazistischen „Judenpolitik“ ihre „Bedenken“ entgegenzustellen. Fast alle diese Schreiben beginnen mit einem Dank an Hitler als den „Retter Deutschlands“, verweisen dann – unter dem Zusatz „auch wenn die Rassenfrage noch nicht gänzlich geklärt“ sei – auf einzelne verdiente Juden und gestehen schließlich zu, daß Juden in „verantwortlichen Berufen“ nicht mehr tätig sein dürften. Aber warum nicht z. B. als kleine Angestellte in einem Warenhaus...?

Eine verhängnisvolle Indifferenz! Warum ließen die sich immer rascher häufenden und drastischer auswirkenden Verordnungen und Praktiken gegen Juden nicht in gleichem Maße die selbstverständliche Solidarität mit den Verfolgten, die – vielleicht rettende – Courage wachsen, sich massenhaft eindeutig und kompromißlos entgegenzustellen? Diesen – damals unheilvoll fehlenden – Mut zu eindeutigen Bekenntnissen oder Ablehnungen muß die Geschichte uns Heutige gelehrt haben. Gedenken kann nur heißen, gegen die Wiederholbarkeit anzukämpfen.

✻

„Nach Wochen angestrengter Mühen und Arbeit das erste Wochenende daheim“, erfährt der deutsche Leser am 9. April 1933. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ ist dabei und hat den noch nicht ein Vierteljahr im Amt befindlichen Reichskanzler fotografiert: Hitler vor seinem Haus bei Berchtesgaden, mit einem seiner Hunde neckisch-fröhlich spielend.

Die zwei Fotos darunter zeigen den Gegenstand seiner angestrengten Arbeit. Links: SA-Posten vor einem Berliner Warenhaus, ein Plakat des Wortlauts „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ geschultert. Bild rechts: der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ernst Torgler, Carl von Ossietzky und Ludwig Renn, wie sie wenige Tage vor dem „Tag von Potsdam“ der ausländischen Presse vorgeführt werden. Dies soll Beweis dafür sein, daß die „Greuelberichte über die Mißhandlung und Ermordung politischer Gefangener von böswilliger Seite frei erfunden“ seien. (Ossietzky stirbt fünf Jahre darauf an den Folgen seiner Haft.)

Am selben 21. März 1933, an dem die Naziführung mit einer gewaltigen Propagandainszenierung den „Tag von Potsdam“ begeht, richtet die Berliner SA, weit weniger spektakulär, in einer ehemaligen Brauerei in Oranienburg bei Berlin ein Konzentrationslager ein. Die Errichtung weiterer folgt noch in diesem Frühjahr.

In den folgenden Monaten werden die bisher erlassenen anti-jüdischen Anordnungen mit „deutscher Gründlichkeit“ staatlich vervollkommen und mit dem Eifer fanatischer Nazis praktiziert. „Einzelaktionen“ sind angesagt, gegen Geschäfte und Warenhäuser. Wirkliche oder vermeintliche Gegner des Regimes werden von faschistischen Banden offen terrorisiert – ein großes „Betätigungsfeld“ für SA und HJ. Die Rassendoktrin wird immer mehr, immer unverhohlener, immer haßerfüllter in allen Lebensbereichen propagiert. Ein ganzes Volk soll systematisch „geschult“ werden, die Mission der „Herrenrasse“ zu erfüllen, andere Völker zu überfallen, zu unterjochen und auf Befehl auszurotten. Keine legal erscheinende Zeitung mehr, die sich nicht an der Verbreitung von Rassenhaß und Judenfeindschaft beteiligt, bis hin zum kleinsten Fachblatt.

Die Schulbücher, insbesondere für Geschichte und Biologie, werden auf Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Ausbildung vom 15. Januar 1935 umgeschrieben: „Die Weltgeschichte ist als Geschichte rassisch bestimmter Volkstümer darzustellen...“ Das Gros der Lehrer paßt sich an, denkt an die vermeintliche Sicherheit seiner Beamtenkarriere. Max Burkert, ein Schulleiter aus Köln-Ehrenfeld, schreibt an Julius Streicher 1935 einen enthusiastischen Brief: „... Ich habe mir aus Ihrer herrlichen Kampfzeitung, dem ‚Stürmer‘ eine Reihe von Judenköpfen, die einstmals in Deutschland herrschen durften, ausgeschnitten und, wie Sie aus beiliegender Photographie ersehen, aufgezo-gen. Mit dieser Anschauungstafel versehen, halte ich in allen oberen Klassen meiner Schule Vorträge über die Judenfrage. Aber auch die Frauenschaft, HJ, BMD haben schon Vorträge gehört und waren davon begeistert. Wie weit der Gedanke schon Wurzeln geschlagen hat, dürfte Ihnen folgendes Erlebnis, das ich mit einem neunjährigen Schüler meiner Klasse hatte, zeigen. Eines Tages kommt er zur Schule und erzählt: Herr Lehrer, gestern ging ich mit meiner Mutter spazieren. Auf einmal, als wir beim Kaufhof vorbeigehen, fällt es meiner Mutter ein, daß sie notwendig einige Röllchen Zwirn kaufe. Darauf habe ich meiner Mutter gesagt: ‚Dahinein gehe ich nicht, das mußst Du schon selber tun. Aber das sage ich Dir, wenn Du in den Kaufhof gehst, dann sage ich es morgen unserem Lehrer. Der läßt Dich zur Schule kommen, da kannst Du was erleben.‘ – Das System funktioniert.

Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ werden an Ortseingängen aufgestellt, an Cafés, Badeanstalten, Geschäften angebracht; auf den Lehnen von Parkbänken ist in weithin sichtbaren Großbuchstaben zu lesen „NUR FÜR ARIER“.

Viele Deutsche, die ihre Bindung zum Judentum schon lange verloren haben, glauben zunächst, sie würden von den Verfolgungen verschont bleiben. Wer ahnt oder durchschaut schon die „Rassentheorie“ mit ihren Kategorien „Volljude“, „Halbjude“, „Vierteljude“, wer Jude ist, und wer als Jude zu gelten habe?

Erst mit dem Erlaß der Nürnberger Gesetze im September 1935 wird vielen klar, welche Gefahr auf sie zukommt. Denn nun wird allen „nichtdeutschen oder anderen Blutes“ das Bürgerrecht genommen und mit dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ jede Form einer Lebensgemeinschaft zwischen sogenannten Ariern und Nichtariern untersagt. Jede Eheschließung, ja Liebesbeziehung zwischen „Deutschen“ und „Juden“ ist verboten, bedrohe das „deutsche Blut“, beflecke die „deutsche Ehre“, sei „Rassenschande“. Später wird sie mit dem Tode bestraft; schon der Versuch ist strafbar.



„Weltfest Olympia“ verkünden die Schlagzeilen der Nazi-presse 1936. Berlin muß — der Olympiade wegen — ausländischen Gästen gegenüber ein positives Bild bieten. Und während allzu provozierende antijüdische Parolen aus dem Straßenbild vorübergehend entfernt werden, arbeitet der Sicherheitsdienst laut Führerbefehl intensiv an „Generalprojekten“ zur „Lösung der Judenfrage“. Ihnen liegt zunächst die Absicht zugrunde, alle jüdischen Deutschen zum baldigen Verlassen des Reichsgebietes zu zwingen.

Die Vorbereitung verschärfter Judenverfolgungen beginnt an der Jahreswende 1937/38, zunächst unmerklich. Am 5. November 1937 verkündet Hitler offiziell vor dem Reichskriegsminister, den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile und dem Reichsminister des Auswärtigen den Entschluß, einen Krieg auszulösen. Dabei stellt sich den Nazis die Frage, was mit den jüdischen Deutschen bis zum Kriegsbeginn zu geschehen habe, ob sie sich dann noch innerhalb der Reichsgrenzen befinden sollen. Die Nürnberger Gesetze, alle antijüdischen Verordnungen haben die Auswanderung nicht in dem von den Nazis gewünschten Ausmaß erzwungen. „Durchschnittliche Auswanderung seit 1933 pro Jahr: 26 750“, notiert Herbert Hagen, Referatsleiter 11/112 im Hauptamt des Sicherheitsdienstes der SS 1937. Er subtrahiert und summiert und kommt zu dem Er-

gebnis: „392 000 Konfessionsjuden, 120 000 Volljuden nicht-jüdischen Bekenntnisses und etwa 160 000 Halb- und Vierteljuden. Gesamtzahl 672 000 Juden“ in Deutschland.

Neue Drangsalierungen werden nötig — die Vertreibung aus der Wirtschaft beginnt. Die Theorie der Nazis: Verboten man den jüdischen Deutschen, ihre kleinen Läden zu betreiben, ihr Handwerk auszuüben, sich als Unternehmer in Industrie, Handel und Bankwesen, als Eigentümer von Warenhäusern oder Hotels zu betätigen, Wertpapiere oder Aktien zu besitzen, Haus- oder Grundeigentümer zu sein, wird ihnen — um menschenwürdig zu leben — kein Ausweg bleiben, als außer Landes zu gehen. Und während sich ein kleiner Teil der Bevölkerung, vor allem aber die großen Konzerne, an den „Arisierungen“ bereichern, sieht die große Mehrheit der zunehmenden Verfolgung, Isolierung und Ausgrenzung jüdischer Bürger auf allen Ebenen des Lebens tatenlos zu.

Nun werden sie auch äußerlich gekennzeichnet — durch die Kennkarte „Jude“, mit der sie an allen amtlichen Stellen „unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude“ hinzuweisen haben. Das perverse System der Verfolgung arbeitet perfekt, d. h. all die kleinen Schreibtischtäter, die in „ganz unmaßgeblicher Position“ wirken, „nur Befehle ausführen, wie es ihre Pflicht ist“, die die Verfolgung systematisieren, organisieren — ermöglichen. An alles denken sie in ihrem Eifer, sind z. B. von noch existenten „jüdischen Straßennamen“ beunruhigt. Ein Erlaß des Reichsministers des Innern vom 27. Juli 1938 schafft endlich Klarheit: „Soweit dies noch nicht geschehen ist, sind sämtliche nach Juden... und jüdischen Mischlingen 1. Grades benannten Straßen oder Straßenteile unverzüglich umzubenenen. Bestehen Zweifel darüber, ob jemand als Jude oder jüdischer Mischling 1. Grades anzusehen ist, so ist die Reichsstelle für Sippenforschung, Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 26, um entsprechende Auskunft zu ersuchen.“

III.

„Seien Sie froh, daß Sie das alles nicht erlebt haben.“

Dieser Satz wird der Refrain der Gespräche, in denen Fritz Selbiger über die Zerstörung seiner Glaserei an jenem 9. November 1938 in der Pankower Schönholzer Straße berichtet, über die Liquidierung des Geschäftes wenig später, über Zwangsarbeit, Gestapo-Razzien, Verhaftung und Verschleppung in ein Gestapo-Sammellager, die Deportation seiner Familie.

Behördliche Vorladungen, Beschlüsse, Anordnungen, die Kennkarte mit dem unübersehbaren J, die ihm der Polizeipräsident von Berlin am 2. 3. 1939 ausgestellt hatte — die Dokumente seiner Verfolgung und geplanten Vernichtung —, hat er in seiner kleinen Berliner Wohnung aufbewahrt, neben den Dokumenten des Lebens: die jüdischen Lieder und Verse seiner Kindheit, wichtige Briefe, Gästelisten von Familienfeiern, Episoden aus dem Familienalltag.

Wieviel Mut und Gelassenheit, Vertrauen und Bitternis zugleich gehören für einen Betroffenen dazu, alle diese Dokumente, die dazu dienen sollten, den Juden vor ihrer Ermordung nach und nach ihr Menschsein, ihr Gesicht zu nehmen, säuberlich zu ordnen, sie nicht ins Feuer zu werfen, sie nicht dem Vergessen anheimzugeben. Erinnern und Gedächtnis sind im Jüdischen moralische Instanzen. Das Vergessen, heißt es, verzögere die Erlösung.



Lärm und Schrecken der Pogromnacht sind kaum verklungen, da läßt G ö r i n g die Leiter der Obersten Reichsbehörden zu einer Besprechung, um Maßnahmen und Generallinie zur weiteren Judenverfolgung festzulegen. Goebbels, Göring und Heydrich übertreffen einander in ihren Vorschlägen, was den Juden künftig noch alles anzutun sei. Nicht zuletzt sei ihnen das Betreten des „deutschen Waldes“ zu verbieten, will Goebbels angemerkt wissen. Und Göring: „Noch eine Frage, meine Herren: Wie beurteilen Sie die Lage, wenn ich heute verkünde, daß dem Judentum als Strafe (für Grünspans Attentat) diese 1 Milliarde als Kontribution auferlegt wird? ... Ich werde den Wortlaut wählen, daß die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen, das wird hinhalten. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im übrigen muß ich noch einmal fest-

stellen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein ...“ (aus dem Stenogramm jener Sitzung).

Es bleibt nicht bei Worten, und die Pläne bleiben nicht auf dem Papier. Die Fülle und Vielfalt der unmittelbar nach dem Pogrom erlassenen Verfügungen und Verordnungen, die den Juden Tag um Tag ein Stück ihrer Menschenwürde nehmen sollen, sind unvorstellbar. Allein innerhalb weniger Wochen wird ihnen der Zutritt zu den „Darbietungen deutscher Kultur“, der Besuch „deutscher Schulen“ verboten, die öffentliche Fürsorge bei Hilfsbedürftigkeit versagt, das Recht genommen, Autos zu fahren oder zu besitzen, Schlaf- und Speisewagen der Eisenbahn zu benutzen, öffentliche Verkehrsmittel uneingeschränkt in Anspruch zu nehmen, sich öffentlicher Fernsprecheinrichtungen zu bedienen. Die Aufnahme in Krankenhäuser wird eingeschränkt, bestimmte Straßen, Plätze, Gaststätten dürfen sie nicht mehr betreten, später werden Rundfunkapparate eingezogen, sie dürfen ihre Wohnung nach 20 Uhr, im Sommer nach 21 Uhr, nicht verlassen, nur zwischen 16 und 17 Uhr einkaufen ...

Der „Völkische Beobachter“ kommentiert in seiner Ausgabe vom 4. Dezember 1938 den Entzug des Rechts, Autos zu fahren und zu halten, wie folgt: „Auch mit dieser Abwehrmaßnahme gegen jüdische Anmaßung hat der nationalsozialistische Staat dem gesunden Rechtsempfinden des deutschen Volkes Ausdruck gegeben. Der deutsche Mensch hat es schon lange als eine Provokation und als eine Gefährdung des öffentlichen Lebens empfunden, wenn Juden sich am Steuer eines Kraftwagens im deutschen Straßenbild bewegten oder gar Nutznießer der von deutschen Arbeiterfäusten geschaffenen Straßen Adolf Hitlers waren. Auch dieser vom deutschen Volk bisher mit unerhörter Langmut ertragene Zustand hat jetzt sein Ende erreicht. Juden haben in Deutschland am Steuer eines Kraftwagens nichts mehr zu suchen! Statt dessen soll der schaffende deutsche Mensch mehr als bisher Gelegenheit haben, mit dem Kraftwagen, dem Werk deutschen Geistes und deutscher Hände, die Schönheiten seiner Heimat kennenzulernen und neue Kraft für seine Arbeit zu schöpfen. Der nationalsozialistische Staat erstrebt weiter im Straßenverkehr eine Gemeinschaft aller deutschen Menschen ... In diese nationalsozialistische Verkehrsgemeinschaft gehört der Jude nicht hinein!“

Dieser Kommentar ist ein typisches Beispiel der gesamten Nazi-Propaganda: Verlogenheit und Demagogie, Haß und Hetze, Blut und Rasse, und vor allem: Deutschtum über alles. Wieviele Leser empfanden ihn so dümmlich-peinlich, so gefährlich, wie er ist?



Während Heydrich und Eichmann damit beschäftigt sind, ihre Erfolge bei der „Judenauwanderung“ in dem inzwischen dem „Deutschen Reich“ angeschlrossenen Österreich in Projekte für Deutschland umzusetzen, schreit Hitler am 30. Januar 1939 vor den Ohren der Welt vor dem sogenannten Reichstag: „Ich will heute wieder Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa...“

Seine Kriegsvorbereitungen laufen auf Hochtouren. Die nächsten, die es trifft, sind die Juden in der Tschechoslowakei. Bald nach dem Einmarsch am 15. März 1939 schickt Heydrich seinen bewährten Auswanderungsspezialisten Eichmann nach Prag. Der Erfolg: „Eine erzwungene Auswanderung in einem Ausmaße, das nicht einmal in Österreich erreicht wurde.“ Und Goebbels verkündet: „Deutschland wird nicht am Rassenproblem zerschellen, im Gegenteil in seiner Lösung liegt die Zukunft unseres Volkes... Vielleicht steht an ihrem Ende die Erfüllung des Dichterwortes ‚Denn es wird am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen‘.“



Lösung – Endlösung: Der Weg von einem zum anderen – kaum weiter als die drei Buchstaben dazwischen, die das schreckliche Resultat vorwegnehmen: das Ende einer jüdischen Welt. Heydrich hatte wohl schon im Herbst 1939 gelegentlich einer Geheimkonferenz von der „Endlösung der Judenfrage“ gesprochen; im offiziellen Sprachgebrauch findet sich diese Zielstellung zum ersten Male bei Göring, in seinem Schreiben an Heydrich vom 31. Juli 1941: „In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. 1. 39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa...“ Das entsetzliche Stichwort ist gefallen. Es wird fortan von Himmler und Eichmann als Tarnwort benutzt für „die biologische Vernichtung des europäischen Judentums“.

Ursprünglich schienen sich die Nazis mit der Vertreibung der Juden zu begnügen, und Eichmann arbeitete geschäftig an einem Plan, alle Juden Europas nach Madagaskar zu deportie-

ren. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als ihnen das erstrebte Ostimperium in die Hände zu fallen scheint, gehen sie bedenkenlos daran, eine weniger Umstände verursachende „Endlösung“ ins Werk zu setzen. Spätestens im Frühjahr 1941 bekommt Eichmann, der Verantwortliche für Judenfragen im Reichssicherheitshauptamt, Hinweise, die seiner Aktivität neuen Schwung verschaffen.

Zwischen Mitte Oktober und Mitte November 1941 werden die Ost-Deportationen wieder aufgenommen: 20 000 Juden aus Berlin, Wien, Prag, Köln, Hamburg, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Luxemburg – ein großer Teil von ihnen zunächst ins Ghetto nach Lodz, das jetzt Litzmannstadt heißt, andere direkt ins Operationsgebiet der „Einsatztruppen“. Begonnen hatten die Deportationen mit dem Abtransport der Juden aus den Regierungsbezirken Stettin, Stralsund und Schneidemühl in den Bezirk von Lublin im Februar 1940.

Kein Zweifel: Die „Endlösung“ – gleichbedeutend mit Ausrottung – ist in vollem Gange. Im Sommer 1941 werden weitere Verordnungen erlassen; voran die berüchtigte 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, wonach das Vermögen jener Juden dem Reich verfällt, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder ihn dorthin verlegen. Einer „Verlegung des gewöhnlichen Aufenthaltes ins Ausland“ kommt selbstredend auch die Deportation nach Osten gleich. Ein treffsicherer Schachzug des Regimes: Die Verordnung, die so harmlos klingt, komplettiert das Programm der Entrechtung und Beraubung radikal.

Am 23. August 1941 ordnet Himmler an, daß die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern ist. Kein Jude soll der Ausbeutung durch die nun angeordnete Zwangsarbeit und der anschließenden Vernichtung entkommen. Juden mit vollendetem sechstem Lebensjahr ist es jetzt verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne „Judenstern“, jenen gelben Stoffflecken mit der schwarzen Aufschrift „JUDE“, zu zeigen, fest angenäht auf der linken Brustseite der Oberbekleidung. Regional ist es auch verboten, unter dem linken Arm etwas zu tragen – damit der Aufnäher nicht verdeckt wird.

Am 21. 11. 1941 teilt ein Herr Ahmels aus dem „Wirtschaftsamt 46 des Bezirksbürgermeisters des Verwaltungsbezirks Pankow der Reichshauptstadt Berlin“ Fritz Selbiger in einem Schreiben mit, daß er alle in Fritz Selbigers Eigentum oder Besitz befindlichen Gegenstände nachfolgender Art sicherstellt: Möbel, sonstige Hausgeräte, Spinnstoffwaren, Schuhwaren, Fahrräder. Er gestattet ihm vorläufig noch, diese Gegenstände im Rahmen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung zu benutzen.

Zur selben Zeit werden die bestehenden Konzentrationslager in Polen zu Vernichtungslagern ausgebaut: Auschwitz-Birkenau, Chelmo, Sobibor, Maidanek, Treblinka . . .

✱

Für den 20. Januar 1942 lädt Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, zu einer Konferenz ins Büro der Internationalen Kriminalpolizei-Kommission, Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58. Es erscheinen neben SS- und Polizeigewaltigen u. a. Judenreferent Eichmann, Gestapochef Müller sowie eine Reihe führender Beamter aus der Ministerialbürokratie. Heydrich referiert zunächst über „die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten“ und „aus dem Lebensraum des deutschen Volkes“. Des längeren verweilt er bei der „Beschleunigung der Auswanderung der Juden“, die er als „vorläufige Lösungsmöglichkeit“ bezeichnet, da sie allzu viele Nachteile besitze: finanzielle Schwierigkeiten, Erhöhung der Landungsgelder, fehlende Schiffsplätze, verschärfte Einwanderungsbeschränkungen in den Aufnahmeländern usw.

Schließlich erklärt er: „An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit . . . die Evakuierung der Juden nach Osten getreten . . . hier werden bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.“

Dieser vernebelnde Jargon erfüllt den Zweck: Man redet um die Sache herum, und doch bleibt kein Zweifel, was gemeint ist. „Im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht . . .“ Eichmann hat die Unterlagen fein säuberlich erarbeitet. „Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt.“ Eine Bewährungsprobe für Eichmann und sein Organisationstalent. Sogleich nach der Wannsee-Konferenz entwirft er Richtlinien, verlangt von den örtlichen Staatspolizeileitstellen genaueste Meldung über hunderterlei Dinge: die Zahl der Juden deutscher Staatsangehörigkeit, ausländischer Juden, Juden in Mischehen, Juden im Arbeitseinsatz, Juden über 65 und über 55 Jahren, Gesamtzahl.

Kreuz und quer rollen die Deportationszüge durch Europa, die Eichmann in Bewegung bringt. Er ist ein Meister im Organisieren und völlig besessen von seinem Auftrag, „Europa zu durchkämmen“ und die „Endlösung der Judenfrage“ zu werkstelligen. Die Züge rollen durch unzählige Städte, kreuzen Straßen, passieren Schranken, halten an Bahnhöfen. Sie werden gesehen, auch von denen, die vor dem ahnbar Grauenvol-

len lieber die Augen verschließen möchten. Fast alle diese Transporte enden im Vernichtungslager Auschwitz. Ganz wenige nur werden diese „Endstation“ des Terrors überleben.

In den Todeslagern werden indes die Mordtechniken immer monströser, immer perfektionierter. Den Ankommenden werden ihre letzten Habseligkeiten genommen. In den Magazinen der Konzentrationslager werden sich nach der Befreiung unüberschaubare Mengen Brillen, Schuhe, Kleidung finden, Arm- und Beinprothesen, Menschenhaar, Kinderspielzeug. Was die Verfolgten an ihren Heimattorten zurückgelassen haben, ist längst von den „Verwertungsstellen des jüdischen Vermögens beim Oberfinanzpräsidenten“ haarklein aufgelistet; ist nach dem Abzug von Beträgen für die Vermögensschätzung, für Miet- und Stromrechnungen und oftmals für „Reisegebühren“ für die „Umsiedlung“ zugunsten des Reiches eingezogen.

✱

Der Glasermeister Fritz Selbiger arbeitet seit 1941 als Zwangsarbeiter bei der Firma Kodak, die ihren Sitz in Berlin-Köpenick hat. Während der berühmten Berliner „Fabrik-Aktion“ am 27. Februar 1943, bei der die SS alle im Zwangsarbeitseinsatz befindlichen Juden schlagartig abholt, wird auch er verhaftet. Fritz Selbiger berichtet: „Die SS brachte uns mit Lastwagen in ein Gestapo-Lager. Wie viele Juden da waren, kann ich gar nicht sagen. Sehr viele, mindestens 2 000. Wir haben den ganzen Tag auf der Erde gelegen. Die Kohlrübensuppe mit den Händen gegessen, es gab keine Löffel. Da waren Tote, die wurden auf einen Haufen geworfen, Sand darauf geschippt. Es wurde gestorben, und daneben wurde ein Kind geboren; es war grauenhaft.“

Im Lager werden die Personalien für den Abtransport überprüft. Fritz Selbiger hat einen Ausweis mit dem Kennzeichen J, aber auf dem Ausweis der Mutter ist das Hakenkreuz. Sie stammt aus einer „deutschen“ Familie, die sich längst von den Selbigers distanziert hat. Aber es ist die Rettung. Er gilt daher als „Mischling 1. Grades“, der für den Zwangsarbeitsdienst weiterhin in Frage kommt.

Noch während er im Gestapo-Lager ist, wird seine Frau Edith, die anderweitig inhaftiert ist, mit dem 35. Osttransport nach Auschwitz deportiert und dort vergast, ebenso eine seiner Schwestern. Die zweite Schwester wird nach Riga transportiert und dort umgebracht. Der dritten Schwester rettet allein der Umstand, mit einem „Arier“ verheiratet zu sein, das Leben.

IV.

*Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt..
(Aus dem babylonischen Talmud)*

Fritz Selbiger erzählt von der kolossalen Angst jener Jahre nach dem Novemberpogrom von 1938; er berichtet von Razzien: „Wir waren die einzigen Juden in der ganzen Straße. Die Nachbarn hatten die größte Angst vor dem Kontakt mit uns. Traf die SS bei ihren Razzien sogenannte Nichtarier in der Wohnung von Juden an, wurden gewöhnlich alle sofort mitgenommen. Sicher hätten viele manches getan, aber die Angst...“ Eine diffuse Angst zu erzeugen ist eines der bevorzugten Mittel des Naziregimes, die Bevölkerung zu beherrschen.

„Wie in der letzten Zeit wiederholt bekannt geworden ist“, teilt das Reichssicherheitshauptamt am 24. 10. 1941 mit, „unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden und zeigen sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberzustehen scheinen und ihr Verhalten als Mißachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, werde ich bei derartigen Vorkommnissen gegen den deutschblütigen Teil aus erzieherischen Gründen staatspolizeiliche Maßnahmen ergreifen. Der jüdische Teil ist in jedem Fall in Schutzhaft zu nehmen.“

Bei der Mehrheit der Bevölkerung lassen die Angst, die Sorgen um das tägliche Auskommen, der Ärger über den beschwerlichen Alltag und die Beschränkung auf die eigene, kleine Welt Vorstellungen von Solidarität, Widerstehen oder gar Revolte nicht aufkommen. Dabei ist spätestens nach dem Novemberpogrom sichtbar, daß die Nazis sich nicht mehr mit der Entrechtung der jüdischen Bevölkerung zufriedengeben, daß sie eine radikalere „Lösung der Judenfrage“ anstreben.

Ein Erlebnis Fritz Selbigers wirft einen schreckvoll erhellenen Blick auf die Haltung ungezählter Deutscher: Er erinnert sich der Bombennächte in Berlin. Jede Nacht gibt es Alarm, oft mehrmals. Die Nachbarn lassen ihn nicht in den Luftschutzkeller, weil er „nicht arisch“ sei. Die Mutter, damals schon über 80, würde man ja hineinlassen, sagen die Leute, sie sei ja „arisch“, aber den Sohn... Er sucht während eines schweren Angriffs, als die Phosphorbomben fallen, mit seiner Mutter Schutz in einem Schacht des Vorderhauses, nimmt sie in den Arm, um wenigstens ihr das Gefühl von Schutz zu geben. Eine Streife entdeckt sie und befiehlt ihnen, den vorgesehenen Luftschutzkeller aufzusuchen. Sofort kommt es zur Frontenbildung

unter den Nachbarn im Keller. Eine Diskussion hebt an, ob man die beiden aufnehmen oder ins Bombenfeuer zurückschicken solle. Man entschließt sich letztlich, sie in einem der Kellerräume der Gastwirtschaft im Vorderhaus gesondert unterzubringen.

Eine Situation, die so absurd anmutet, daß es jedem Nachgeborenen die Sprache verschlagen will. Was alles, frage ich mich, konnte bewirken, daß die eigenen Nachbarn, die man seit Jahren kannte, mit denen man zusammen aufgewachsen, zusammen zur Schule gegangen war, zusammen jetzt die Lebensgefahren des Bombenkrieges ausstehen muß, solchem Haß erliegen konnten?

Wer aber hätte den Verfolgten helfen können? Wer half? Konnten sie selbst irgendetwas zu ihrer Rettung tun? Es ist Heydrichs Erfindung, auf die er nicht wenig stolz ist, die Juden sogar selbst, d. h. auch ihre Kultusgemeinden, zum Instrument der Judenvertreibung und -verfolgung zu machen. Bald nach der Pogromnacht ist die 1933 zur Wahrung jüdischer Interessen gegründete „Reichsvertretung der deutschen Juden“ durch amtliche Anweisung in eine „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ umgewandelt, dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt und somit zum Werkzeug der Gestapo degradiert. Die jüdischen Kultusgemeinden werden gezwungen, bei der „Lösung der Judenfrage“ mitzuwirken. Deportationsstellen werden in den Räumen der jüdischen Gemeinden eingerichtet, die Zusammenstellung der Transportlisten, die Zustellung der Deportationsbescheide müssen von jüdischen Gemeindegliedern ausgeführt werden. Eine teuflische Methode, die den Juden das Rückgrat bricht und sie nicht nur jeden Schutzes, sondern auch der Bildung eines organisierten Widerstandes beraubt.

✻

Und die Kirchen? Die offizielle Kirche in Deutschland distanziert sich nicht nur entschieden von den „Glaubensjuden“, sondern ebenso von den „christlichen Nichtariern“. Am 13. Juli 1933 hatte Hitler Kirchenwahlen angeordnet. Die Mehrheit der Sitze in den Gemeindegemeinderäten ging – fast überall im Land – an die „Deutschen Christen“, eine Bewegung, die als kirchlicher Ableger der NSDAP das Christentum mit der faschistischen Ideologie zu verbinden suchte.

Aber auch die Bekennende Kirche kann sich zu einer deutlich vernehmbaren Solidarität mit den verfolgten Juden nicht entschließen. Was offizielle Stellen der Bekennenden Kirche in dieser Sache sagen oder tun, beschränkt sich fast völlig auf die zur Kirche gehörenden, getauften „Nichtarier“. Die Anfang

Juni 1936 in der Reichskanzlei übergebene Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung verurteilt vor allem die Erhebung des Antisemitismus zur offiziell in den Schulen gelehrteten Weltanschauung: „Wenn hier Blut, Rasse, Volkstum und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen... Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhaß verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.“

Nachdem Hitler überhaupt nicht auf diese Schrift reagierte, wird sie im Juli im Ausland veröffentlicht. An der Situation in Deutschland vermag sie nichts zu ändern. Erst im Herbst 1943 kann sich die Bekennende Kirche auf ihrer letzten Synode zu folgenden Formulierungen entschließen: „Begriffe wie ‚Ausmerzen‘, ‚Liquidieren‘ und ‚unwertes Leben‘ kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, weil sie... alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit von Gott gegeben ist. Sein (des Christen) Nächster ist allemal der, der hilflos ist und seiner besonders bedarf, und zwar ohne Unterschied der Rassen, Völker und Religionen.“

Da ist allerdings ein großer Teil des europäischen Judentums bereits ausgerottet.

✱

Es sind einzelne Christen, die schon von 1933 an auffordern, die Verfolgung der Juden zu verurteilen. Dietrich B o n h o e f f e r ist einer der prominentesten unter ihnen, die Namen vieler anderer kennen wir nicht. Und es sind einzelne, die Widerstandsgeist und Mut zur praktischen Hilfe aufbringen, die die Verfolgten – um den Preis des eigenen Lebens – verstecken, falsche Pässe besorgen, Lebensmittelkarten stehlen oder fälschen, ihr Brot mit ihnen teilen. Die Berliner Quäker, das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat“ unter der Leitung von Margarete S o m m e r, das der Bekennenden Kirche nahestehende „Büro Grüber“ sind bekannte Adressen für Hilfesuchende.

Das „Büro Grüber“. Im Herbst 1938 wird es vom BK-Pfarrer Heinrich Grüber als „Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“ ins Leben gerufen. Zusammen mit seinen bis zu 30 Mitarbeitern gelingt es durch Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen in der ganzen Welt, einer großen Anzahl Bedrohter zur Auswanderung zu verhelfen, ihnen seelsorgerlich beizustehen, wirtschaftliche Hilfe zu geben, Rechtsschutz zu leisten. – Die Mitarbeiter: Es sind fast ausnahmslos selbst von den Rassege-

setzen Betroffene, die ihre eigene Rettung zurückstellen, um andere Leidensgefährten dem Untergang zu entreißen. Nur wenige von ihnen werden die Befreiung erleben; alle anderen sterben, werden vergast oder anders getötet.

Die Zahl der Auswanderungswilligen ist nach dem 9. November 1938 sprunghaft angestiegen. Das Entsetzen hat sie erreicht, die von der Verfolgung Betroffenen. Die Verhandlungen mit Stellen im Ausland, das die Verfolgten aufnehmen kann, erweisen sich als schwierig und langdauernd. Wer zwischen 17 und 35 Jahren alt ist, kann – sofern er den körperlichen wie psychischen Umstellungen gewachsen ist – als Siedler in Übersee eingesetzt werden. Rasseverfolgte über 55 Jahre können nur auswandern, wenn Verwandte im Ausland für ihre Ernährung bürgen. „672 000 Juden in Deutschland“ hatte Herbert Hagen, Referatsleiter im Hauptamt des Sicherheitsdienstes, ein Jahr zuvor notiert. Wie bitter hilflos nimmt es sich da aus, wenn Grüber in einem Rundbrief mitteilt, daß in Minnesota ein Oberlehrer, in Mittelamerika drei Architekten und in den britischen Kolonien vier Tierärzte gesucht würden. Schweden könne zwei Ziehharmonikastimmer aufnehmen... Wer ist schon Ziehharmonikastimmer in dieser leidvollen Zeit, und wer sind die beiden jüdischen Ziehharmonikastimmer, die in Schweden überleben können?

Der Sohn Heinrich Grübers, der heute bei Oranienburg lebende Pfarrer Hartmut Grüber, erinnert sich der Tage nach dem Novemberpogrom im Kaulsdorfer Pfarrhaus des Vaters. Auch dieses Pfarrhaus wird nach der Nacht des 9. November zum Asyl für Verfolgte, die den Schritt in die Illegalität wagen, untertauchen wollen. Jede Nacht sind Pfarrer Grüber, seine Frau Margarete, die Kinder sowie die junge Sekretärin des Büros, Ingeborg J a c o b s o n, unterwegs, verstecken Verfolgte in den Laubenkolonien im Kaulsdorfer Norden und Osten. Adressen, Gebäude, die Namen der Menschen, die da Leben retteten und das eigene wie das ihrer Familie dabei riskierten, erinnert der damals vierzehnjährige Hartmut Grüber nicht. Widerstand entdeckt sich als unsensationelles menschliches Handeln, als Tun, was das Gewissen in der augenblicklichen Situation befiehlt, unsichtbar oder, allzu selten, sichtbar wie das von Herbert B a u m und seiner Gruppe.

Wie heute die tägliche Lebensbedrohung für Verfolgte wie für deren Retter beschreiben? Diese ständig lauende, bei Tag und bei Nacht anhaltende Bedrohung, wo jedes Klingeln an der Tür das Ende bedeuten konnte, wo Denunziationen auf der Tagesordnung standen, wo Verzweiflung nicht selten übermächtig wurde und Verfolgte in den Freitod trieb – und wo dennoch, allem Terror zum Trotz, Leben gerettet wurde.

Das Vergessen verzögert das Kommen des Messias, allein das Erinnern beschleunigt es.

(Aus dem Talmud)

„Je weiter Auschwitz entfernt ist“, bekennt Grete Weil, eine jüdische Autorin aus der BRD, in diesen Tagen, „desto näher kommt es, die Jahre dazwischen sind weggewischt. Auschwitz ist Realität, alles andere Traum.“ Jakov Silberberg, ein polnischer Jude, war als Häftling in Auschwitz dem Sonderkommando „Gaskammer“ zugeteilt – seitdem kann er nicht mehr weinen: „Alle Gefühle von Menschen, von Weinen, sind bei mir abgestorben.“ Seit 43 Jahren kann er nicht sprechen, nicht „darüber“, mit niemandem, nicht einmal mit seiner Frau, die als Jüdin überlebte. – Leben ist etwas anderes als Überleben.

Das Gedächtnis der Opfer – das Gedächtnis der Täter. „Das Gedächtnis der Täter ist gemeinhin kürzer als das der Opfer“, bedenkt Jürgen Rennert. „Gegen das Erblichwerden solch schlechten Erinnerungsvermögens hilft den Kindern der Täter nur der bewußte Verzicht auf diesen Teil der elterlichen Hinterlassenschaft. Seelenruhe ist dabei nicht zu gewinnen, wohl aber eine wache und selbstkritische Distanz, allem Geschehen wie allem Geschehen gegenüber.“

Wieviele Arten des Vergessens gibt es? Von der krampfhaften Verdrängung bis hin zu den variationsreichen Rechtfertigungskonstruktionen. Ich erinnere mich eines älteren Besuchers der Ausstellung über Verfolgung und Vernichtung der Berliner Gemeinde Adass Jisroel, der dem Autor dieser Ausstellung seine herzliche Verbundenheit zu allem Jüdischen versicherte, von den jüdischen Nachbarn im Haus damals sprach, von der Fröhlichkeit der Feste... „Was wurde aus den Nachbarn?“, die Gegenfrage. – „Sie wurden alle abgeholt.“ – „Was haben Sie getan?“ – „Ich war nicht da den Tag“ – nachdem er einen Augenblick zuvor dieses Abholen minutiös geschildert hatte. Die eben noch bezeugte Haltung herzlicher Nachbarschaft ist blanker Verdrängung gewichen, um einem persönlichen Schuldbekentnis auszuweichen. Wie vielen Menschen geht das so?

Wie hätten wir, die nachgeborene Generation, uns damals verhalten? Ich lehne mich auf gegen den hartnäckig bohrenden Gedanken, daß auch ich damals schuldig geworden wäre, daß ein Fritz Selbiger, der mich heute herzlich willkommen heißt, sich vor mir hätte in acht nehmen müssen, weil ich es damals nicht besser gewußt hätte oder – was mir noch schlimmer

wiegt – nicht besser hätte wissen wollen. – Aber was wollen wir, was will ich wirklich wissen?

„Man kann dieser Untaten eigentlich nur gedenken, indem man gegen neue Untaten und gegen die systematische Programmierung von künftigen Untaten ankämpft“, schreibt Erich Fried. Und man kann der Opfer wie der tapfer Widerstehenden und ihrer Haltung eigentlich nur gedenken, indem wir unsere Haltung bedenken: Was wird mit uns, was mit dem Frieden und was aus der Schöpfung, wenn wir nicht fortgesetzt nach dem Sinn und Nutzen unseres Seins fragen, wenn wir uns nicht in Unruhe halten gegen unpolitisches, unkritisches Verhalten, gegen mangelnde Courage, gegen Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit? – Morgen wird keiner von uns leben bleiben, wenn wir heute wieder nichts tun.

✽

Sich der Vergangenheit zu stellen, nicht zu vergessen sei für Juden wie Nichtjuden die wichtigste Lehre aus dieser Zeit, hatte Gerhard Riegner, Co-Chairman des Jüdischen Weltkongresses anlässlich eines DDR-Besuches während einer Vorlesung gesagt: „Der Verlust des Gedächtnisses wäre Verrat an den Ermordeten.“

Wie können wir diese Vergangenheit, die untillbar ins Schuldbuch der deutschen Geschichte eingeschrieben ist, bewältigen? Als 1945 ein Neubeginn auf vollkommen anderem gesellschaftlichen Grund gewagt wurde, war das Entsetzen frisch, unverbraucht. Viele derjenigen, die nun Verantwortung trugen, waren selbst durch die Gefängnisse und Lager Hitlers gegangen. „Jede Schuld verlangt Sühne... evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen... litten und starben unter diesem Terror... Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben... Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lügen, Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit...“, heißt es im Gründungsauftrag der CDU.

Ein Vorsatz, dessen Weg der Verwirklichung bis in unsere Tage reicht. Unvergessen dabei, auch unter Juden, ist der Beitrag, den Otto Nuschke, enger Freund von Heinrich Grüber wie von Rabbiner Martin Riesenburger, in den fünfziger Jahren für den Wiederaufbau der Synagogen geleistet hat. Und der jüngste Parteitag der CDU erinnert im Blick auf den 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht „an die unauslöschliche Mitschuld vieler Christen, aber auch an das stille Heldentum derer, die den Verfolgten halfen“.

Die Schuldigen von damals wurden und werden benannt, Schuld wird bekannt, der Opfer wird gedacht, die Überlebenden als Opfer des Faschismus anerkannt und umsorgt — und das ist richtig so. Wiedergutmacht werden kann nichts; der Massenmord, das geschehene Unrecht, das unendliche Leid können nie wieder aus der Welt geschafft werden. Es gilt, mit den Menschen des tapferen kleinen Widerstandes zu sprechen, solange sie noch unter und mit uns sind, um dem großen Begriff Widerstand immer wieder historische Wirklichkeitstreue zu geben und jeder jungen Generation erneut Zugang zu einer der schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte, zu deren wirklicher Aufarbeitung zu eröffnen.



Das Interesse an jüdischem Leben, an jüdischer und jiddischer Kultur ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Eine ganze Welt mit ihren Kulturvereinen, Wohlfahrtsorganisationen, Krankenhäusern, Berufsgilden, Interessenverbänden, Sport- und Frauenvereinigungen, Synagogen und Bethäusern, die restlos zerstört wurde, ist heute kaum mehr ahnbar. Diese Welt erklärt sich nicht aus hundert berühmten Namen, die den Eindruck erwecken, das Judentum hätte vorwiegend aus Wissenschaftlern, Künstlern, Verlegern, Beamten und reichen Kaufhausbesitzern bestanden. Eine solche Betrachtungsweise löst die Juden abermals aus der menschlichen Gesellschaft heraus. Die wenigen, die heute noch selbst diese Welt kennen, leben mit dem Fluch, als Überlebende apostrophiert zu werden. Das Wissen um diesen furchtbaren Sachverhalt muß unseren Blick schärfen für die Unzulässigkeit eines bloß modisch gestimmten Umgangs mit Jüdischem.

Worum es jetzt und immer gehen muß, um mit dieser ererbten Schuld leben zu können, ist, nichts zu verdrängen, nichts zu vergessen, an den bohrenden Fragen unser Gewissen zu schärfen. Dann kann eine Gesellschaft entstehen und wachsen, in der Menschen verantwortlich und friedlich miteinander leben.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter – Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität – Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition – Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft
- 241 Wolfgang Heyl, Einklang von Rationalität und Humanität – Zu sozialem Aspekten der Volkswirtschaft der DDR
- 242 Carl Ordnung, Verantwortung für Frieden und Wohlfahrt der Völker – Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947
- 243 Christliche Existenz im sozialistischen Staat – Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen in der Welt
- 244 Gerhard Fischer, Albert Schweitzer heute – Die Aktualität seiner Ethik und der Fortgang seines Werkes in Lambaréné
- 245 Erhard Geißler, Den Schöpfer spielen? – Ethische Fragen der Gentechnologie
- 246/7 Zeittafel zur Geschichte der CDU 1945–1987
- 248 Joachim Graf, Option für die Armen – Zum Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“
- 249 Lothar Oppermann, Für das Wohl unserer Kinder – Zu aktuellen schulpolitischen Aufgaben
- 250 Hans-Dieter Döpmann, 1 000 Jahre Russische Orthodoxe Kirche – Ein Abriß ihrer Geschichte vom Heiligen Wladimir bis zur Gegenwart
- 251 Peter Tille, Ernst Barlach – Eine Skizze seines Lebens und Wirkens
- 252 Carl Ordnung, Friede – Verheißung und Auftrag – Zum 30. Jahrestag der Christlichen Friedenskonferenz
- 253/4 Dietmar Czok, Nutzen und Haushalten – Christliche Demokraten für Landeskultur und Umweltschutz
- 255 Günter Wirth, Die deutsche evangelische Kirche und die Novemberrevolution – Eine kritische Untersuchung
- 256 Hans-Hinrich Jenssen, Schöpfung durch Entwicklung – Darwinismus und christlicher Glaube